

Stand: 20.04.2026 06:16:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/462

"Bezahlbaren Wohnraum langfristig halten - Wohnraumförderungsbestimmungen anpassen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/462 vom 28.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1745 des BV vom 11.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1895 vom 08.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bezahlbaren Wohnraum langfristig halten – Wohnraumförderungsbestimmungen anpassen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Wohnraumförderungsbestimmungen 2012 (WFB 2012) dahingehend anzupassen,

- dass in Punkt 16.1 die Bindungsdauer für Sozialwohnungen verbindlich auf 40 Jahre festgelegt wird,
- dass in Punkt 16.3 im Fall einer vorzeitigen freiwilligen Rückzahlung der Darlehen die Bindungen frühestens mit Ablauf der planmäßigen Bindungsdauer enden,
- dass in Punkt 19.2 für die Höhe der Beträge im Rahmen der Zusatzförderung bis zum Ende der Bindungsdauer eine Dynamisierung, d. h. eine automatische Anpassung an die Mieten- und Einkommensentwicklung, festgelegt wird.

### **Begründung:**

Bayern braucht jährlich 70.000 neue Wohnungen. Besonderer Handlungsbedarf besteht beim sozialen Wohnungsbau. Denn derzeit zielen die Instrumente des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zu sehr auf Wirtschaftsförderung mit „sozialer Zwischenutzung“ ab. Das heißt, dass nach Ablauf und Tilgung der öffentlichen Darlehen sich Sozialwohnungen in ganz normale Mietwohnungen verwandeln. Deshalb fallen im Moment jährlich mehr dieser Wohnungen aus der Bindung als neue hinzukommen. Gab es im Jahr 1988 noch 495.240 Sozialwohnungen im Freistaat, ist der Bestand bis 2016 auf 138.000 gesunken. Der Neubau hinkt hinterher, weshalb es Maßnahmen braucht, um Sozialwohnungen möglichst lang im Bestand zu halten.

Die Staatsregierung hat seit Sommer 2018 die Option geschaffen, die Bindungsdauer auf freiwilliger Basis von 25 Jahren auf 40 Jahre zu verlängern. Mit Freiwilligkeit allein ist es allerdings nicht getan. Um bezahlbaren Wohnraum langfristig zu halten, sind für die Bereitstellung öffentlicher Gelder im Gegenzug verbindliche Regelungen in den Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB 2012) festzusetzen. Die Bindungsdauer von Sozialwohnungen sollte deshalb verbindlich auf 40 Jahre festgelegt werden. Zudem sollte in Fällen von vorzeitiger Darlehensrückzahlung gewährleistet werden, dass die Bindungen nicht vor Ende der planmäßigen Bindungsdauer auslaufen. Zwar sind bei gefördertem Wohnraum Mieterhöhungen in den ersten fünf Jahren nicht zulässig, danach gelten aber die Bestimmungen nach § 558 und § 559 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), die Zusatzförderung an die Mieterinnen und Mieter bleibt aber über die Bindungsdauer hinweg unverändert. Damit Mieterinnen und Mieter langfristig Mieterhöhungen tragen können, ist eine dynamische Anpassung der Beträge notwendig.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol  
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 18/462

**Bezahlbaren Wohnraum langfristig halten - Wohnraumförderungsbestimmungen anpassen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Antrag wie folgt formuliert wird: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr schriftlich und mündlich über die Wohnungsraumförderbestimmungen 2012 insbesondere über die Höhe der Zusatzförderung zu berichten."

Berichterstatter: **Jürgen Mistol**  
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 12. März 2019 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 11. April 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Sebastian Körber**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/462, 18/1745

### **Bezahlbaren Wohnraum langfristig halten – Wohnraumförderungsbestimmungen anpassen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr schriftlich und mündlich über die Wohnungsraumförderbestimmungen 2012 insbesondere über die Höhe der Zusatzförderung zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

**Dr. Wolfgang Heubisch**

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 3 der Liste. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild und anderer (SPD) betreffend "Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie" auf Drucksache 18/204. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt dann in einer der nächsten Sitzungen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch da sehe ich alle Fraktionen: AfD, FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zustimmung auch der beiden fraktionslosen Abgeordneten.

## Berichtigung

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

## Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. April 2019 (Vf. 41-IX-19) betreffend  
 Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 18. April 2019 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“  
 PII-G1310.19-0005  
 Drs. 18/1864 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration
- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
 II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.  
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

	CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ombudsstelle für faire Handelspraktiken einrichten  
Drs. 18/154, 18/1551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD  
Die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten und effektiven Klimaschutz gewährleisten – Für eine bayerische Humusstrategie  
Drs. 18/204, 18/1648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten.**

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl u.a. SPD  
Digitalpakt vorbereiten – Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern  
Drs. 18/290, 18/1705 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Verkehrssicherheit durch mehr Lkw-Parkplätze auf Autobahnrastanlagen durch Kompaktparken und Kolonnenparken  
Drs. 18/339, 18/1659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Pflicht zur Vorlage von Jagdtrophäen abschaffen  
Drs. 18/340, 18/1699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ökologischer Landbau in der Agrarstatistik  
Drs. 18/341, 18/1700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>







